

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aktionsprogramm „Sauberes Berlin“: Für eine attraktive, saubere und lebenswerte Hauptstadt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unter Beteiligung der Berliner Stadtreinigung (BSR) und der Bezirke zeitnah im Rahmen einer Gesamtstrategie „Sauberes Berlin“ Maßnahmen umzusetzen, damit unsere Stadt sauberer wird sowie insbesondere illegale Sperrmüllablagerungen und die Vermüllung ganzer Kieze dauerhaft reduziert werden.

Hierbei sind folgende Zielvorgaben umzusetzen:

- Um das Bewusstsein für eine saubere Stadt zu erhöhen, ist eine Öffentlichkeitskampagne aufzusetzen und durchzuführen. Ziel der Kampagne ist es, für mehr Vermeidung, Wiederverwertung, und Trennung von Müll sowie eine korrekte Müllbeseitigung zu werben – insbesondere bezüglich des bisher im öffentlichen Straßenland hinterlassenen Abfalls, Sperrmülls und Hundekots. Die App „Ordnungsamt Online“ ist in diesem Zusammenhang stärker zu bewerben und zu evaluieren.
- Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Vermüllung öffentlicher Plätze, Parks sowie der Berliner Wasserwege ist verstärkt zu unterstützen.
- Die Öffnungszeiten der kostenlosen BSR-Recyclinghöfe sind bedarfsgerecht auszuweiten. Dabei ist sicher zu stellen, dass dies im Einklang mit den arbeitsrechtlichen Kollektivvereinbarungen der Sozialpartner und in Abstimmung mit den Beschäftigtenvertretungen erfolgt.
- Es sind innovative Möglichkeiten für die Sperrmüllsammmlung zu überprüfen mit dem Ziel, illegale Sperrmüllablagerungen zu minimieren. Dabei sollten die Gesichtspunkte

der Kosten für die Haushalte und kundenfreundlicher Abholmodalitäten besonderes Augenmerk haben. Auszuwerten sind dabei die Erfahrungen anderer Städte. Insbesondere sollte die Verwertungs- und Recyclingquote des Sperrmülls durch Veräußerung in einem Gebrauchtwarenkaufhaus gesteigert werden. In Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, insbesondere den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, sowie lokalen Initiativen sollen im Rahmen von Pilotprojekten Angebote für verbesserte und entgeltfreie Sperrmüllabholungen ermöglicht werden.

- Zukünftig ist der Straßen-Reinigungsturnus bei Bedarf auch unterhalb der bestehenden Zweijahresfrist festzulegen. Um die Anzahl von überfüllten Mülleimern im Straßenland, in Grün- und Waldflächen sowie Parkanlagen drastisch zu senken, ist auch dort der Bedarf an Leerungen bzw. an Standorten zu überprüfen und zeitnah anzupassen. Hinweisen aus der Bevölkerung soll aktiv nachgegangen werden.
- Die Ordnungsämter haben durch den Beschluss des Doppelhaushalts 2018/2019 insgesamt mehr als 100 zusätzliche Stellen erhalten, um ihre vielfältigen Aufgaben auch im Bereich der Stadtsauberkeit intensiver wahrnehmen zu können. Die Stellen sind dauerhaft zu erhalten.
- Zur Vermeidung schwerer Unfälle ist im Winter die zeitnahe Schneeräumung auf Hauptstraßen auch auf Radstreifen bzw. Radwegen durch die BSR durchgehend sicherzustellen.
- Das Regelverwarngeld und das Regelbußgeld bei Verstößen gegen das Berliner Kreislauf- und Abfallgesetz, insbesondere bei Gewerbeabfällen, sowie gegen das Berliner Straßenreinigungsgesetz (Kotbeutelpflicht) werden auf ein effektives Maß angehoben.

Dem Abgeordnetenhaus ist halbjährlich, erstmals zum 31.12.2018, zu berichten.

Begründung:

Berlin wächst jährlich um mehrere zehntausend Einwohnende. Zusätzlich besuchen immer mehr Tourist*innen die Stadt. 2017 verzeichnete Berlin rund 13 Millionen Gäste bei 31 Millionen Übernachtungen. Damit wächst die Menge an Müll, die es zu entsorgen gilt – auf der Straße, in öffentlichen Grünanlagen und Parks.

Allein in den vergangenen sechs Jahren hat die BSR mehr als 130.000 Kubikmeter illegalen Sperrmülls von den Straßen geholt, was rund 25 Millionen Euro gekostet hat. Parks, Grünflächen an Gewässern sowie Spielplätze werden für Freizeitaktivitäten von der wachsenden Zahl der Stadtbewohner*innen und Tourist*innen intensiver genutzt. Entsprechend steigt der Reinigungsbedarf deutlich an.

Berlinerinnen und Berliner wollen in sauberen Kiezen leben. Eine saubere Stadt erhöht nicht nur die Lebensqualität, sondern steigert zugleich die Attraktivität für viele Tourist*innen. Davon profitiert der Wohn- und Wirtschaftsstandort Berlin gleichermaßen. Neben einer ästhetischen Komponente bergen vermüllte Parkanlagen mit Zigarettenresten, Hundekot und Scherben ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für Kinder, Freizeitsportler*innen und andere sich dort aufhaltende Personen.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen sind im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 umfangreiche Finanzmittel für das Aktionsprogramm „Sauberes Berlin“ eingestellt worden. Es bedarf eines geschärften Bewusstseins in der Bevölkerung, den eigenen Müll, Abfall, Sperrmüll und Hundekot ordentlich zu entsorgen. Dabei sollen eine Öffentlichkeitskampagne und verstärkte Abfallberatung mit dem Ziel der Abfallvermeidung und besserer Abfalltrennung, insbesonde-

re zur getrennten Bioabfallerfassung, helfen. Im Haushalt 2018/2019 werden darum jeweils 500.000 Euro für eine „Verstärkte Abfallberatung und zentrale Kampagne“ bereitgestellt. Zusätzlich stehen pro Jahr 300.000 Euro für Anti-Müll-Initiativen vor Ort zur Verfügung; die Projektkoordination und -verwaltung erfolgt durch die Stiftung Naturschutz.

Berlin wird nur sauberer, wenn die Berliner*innen stärker einbezogen werden. Einerseits als Adressaten z.B. von Kampagnen und verbesserten Angeboten, aber auch als Aktive. Das bestehende zivilgesellschaftliche Engagement ist daher in einer Form zu stärken und auszubauen, dass mehr Menschen aktiviert werden und sich für saubere Kieze, Grünflächen und Gewässer einsetzen. Gleichzeitig muss es den Berliner*innen erleichtert werden, Probleme wie überfüllte Mülleimer oder Sperrmüll zu melden. Dazu gehören z.B. auch ausreichend vorhandene Mülleimer.

Vor dem Hintergrund der hohen Zahl von Berlin-Besuchenden und Tourist*innen ist es wichtig, die Möglichkeiten zu verbessern, Abfälle auch unterwegs möglichst bequem zu entsorgen. Dazu sind die Standorte und die Anzahl der Abfallbehälter in der Stadt durch die BSR zu prüfen und zeitnah bedarfsgerecht zu erhöhen. Eine im Jahr 2016 gegenüber 2003 nur um rund 1.000 erhöhte Anzahl von Abfalleimern im öffentlichen Raum wird sich in Anbetracht der wachsenden Stadt vermutlich als nicht ausreichend erweisen.

Berlin, d. 05. Juni 2018

Saleh Buchholz Dr. West Langenbrinck
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Platta
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Kössler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen